

12.11.92

EG

Antrag

des Freistaates Sachsen

Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung der Zahl der deutschen
Abgeordneten im Europäischen Parlament

DER BEVOLLMÄCHTIGTE
FÜR BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN
DES FREISTAATES SACHSEN

Bonn, den 12. November 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Oskar Lafontaine

Sehr geehrter Herr Prsident,

namens der Sächsischen Staatsregierung bitte ich Sie, die anliegende

Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung der
Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen
Parlament

gemäß § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung
des Bundesrates auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesrates
am 27. November 1992 zu setzen.

Mit freundlichen Gren



Dr. G. Ermisch

Anlage

Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, im Interesse einer angemessenen parlamentarischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland nach der Verwirklichung der Deutschen Einheit eine Entscheidung auf dem Europäischen Rat in Edinburgh am 11. Dezember 1992 über die Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament um 18 Mandate herbeizuführen.

Grundlage für die Erhöhung und neue Aufteilung der Zahl der Sitze sollten nach Auffassung des Bundesrates die Vorschläge des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 1992 sein (BR-Drs. 476/92), mit denen insgesamt eine bessere Anpassung des Verteilungsschlüssels an die demographische Wirklichkeit in der Gemeinschaft angestrebt wird.

Begründung:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Vertrag über die Europäische Union (Drucksache Bundesrat 500/92) unter anderem festgestellt, daß seine Forderung nach Stärkung des Europäischen Parlaments noch ohne ausreichende Antwort geblieben ist.

Nach Auffassung des Bundesrates ist hierbei auch die Frage der Zahl der deutschen Mandate im Europäischen Parlament von besonderem Interesse.

Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten haben in ihren Schlußfolgerungen von Maastricht am 09. und 10. Dezember 1991 einen Prüfungsauftrag erteilt, bis Ende 1992 die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu prüfen, um die erforderliche Rechtsgrundlage vor den Wahlen 1994 zu schaffen. Entsprechend haben die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Konferenz am 12. März 1992 die Bundesregierung aufgefordert, Initiativen dafür zu ergreifen, daß die Erhöhung der deutschen Mandatszahl im Europäischen Parlament bis Ende 1992 vereinbart wird.

Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten haben sich auf ihrer Sondertagung in Birmingham am 16.10.1992 ausdrücklich zu einer bürgernahen Gemeinschaft bekannt. Die Akzeptanz der Europäischen Union durch die Bürger verlangt auch deren qualitativ und quantitativ angemessene parlamentarische Vertretung. Der derzeitige Beobachterstatus der 18 Vertreter aus den Neuen Ländern im Europäischen Parlament wird diesem Anspruch nicht gerecht und muß bis spätestens zu den Wahlen 1994 in eine echte parlamentarische Vertretung umgewandelt werden. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß bei Nichtdurchsetzung des berechtigten deutschen Anliegens einer Erhöhung der deutschen Mandate, die Wahlkreise für die nächste Wahl zum Europäischen Parlament auf ganz Deutschland aufzuteilen wären.

27.11.92

Beschluß
des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament

Der Bundesrat hat in seiner 649. Sitzung am 27. November 1992 die als Anlage beigefügte Entschließung gefaßt.

Anlage**Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament**

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, im Interesse einer angemessenen parlamentarischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland nach der Verwirklichung der Deutschen Einheit eine Entscheidung auf dem Europäischen Rat in Edinburgh am 11. Dezember 1992 über die Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament um 18 Mandate herbeizuführen.

Grundlage für die Erhöhung und neue Aufteilung der Zahl der Sitze sollten nach Auffassung des Bundesrates die Vorschläge des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 1992 sein (BR-Drucksache 476/92), mit denen insgesamt eine bessere Anpassung des Verteilungsschlüssels an die demographische Wirklichkeit in der Gemeinschaft angestrebt wird.

Begründung:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Vertrag über die Europäische Union (BR-Drucksache 500/92) unter anderem festgestellt, daß seine Forderung nach Stärkung des Europäischen Parlaments noch ohne ausreichende Antwort geblieben ist.

Nach Auffassung des Bundesrates ist hierbei auch die Frage der Zahl der deutschen Mandate im Europäischen Parlament von besonderem Interesse.

Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten haben in ihren Schlußfolgerungen von Maastricht am 9. und 10. Dezember 1991 einen Prüfungsauftrag erteilt, bis Ende 1992 die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu prüfen, um die erforderliche Rechtsgrundlage vor den Wahlen 1994 zu schaffen. Entsprechend haben die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Konferenz am 12. März 1992 die Bundesregierung aufgefordert, Initiativen dafür zu ergreifen, daß die Erhöhung der deutschen Mandatszahl im Europäischen Parlament bis Ende 1992 vereinbart wird.

Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten haben sich auf ihrer Sondertagung in Birmingham am 16. Oktober 1992 ausdrücklich zu einer bürgernahen Gemeinschaft bekannt. Die Akzeptanz der Europäischen Union durch die Bürger verlangt auch deren qualitativ und quantitativ angemessene parlamentarische Vertretung. Der derzeitige Beobachterstatus der 18 Vertreter aus den Neuen Ländern im Europäischen Parlament wird diesem Anspruch nicht gerecht und muß bis spätestens zu den Wahlen 1994 in eine echte parlamentarische Vertretung umgewandelt werden. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß bei Nichtdurchsetzung des berechtigten deutschen Anliegens einer Erhöhung der deutschen Mandate für die nächste Wahl zum Europäischen Parlament die 81 vorhandenen Sitze auf ganz Deutschland aufzuteilen wären.